

Pressemitteilung

„Das trifft Islam, Judentum und Kirchen gleichermaßen“

Schriftsteller Navid Kermani und Rabbinerin Klapheck: Beschneidungsdebatte offenbart „antireligiöse Stimmung“

Münster, 27. Oktober 2012 (exc) Die Beschneidungsdebatte hat nach Einschätzung von Schriftsteller Navid Kermani „die eigentlichen Konfliktlinien“ in religionspolitischen Fragen aufgezeigt. „Sie verlaufen nicht zwischen den einzelnen Religionen, sondern zwischen den Religionen insgesamt und einer zunehmend aggressiv auftretenden antireligiösen Haltung in der Gesellschaft“, sagte der Kölner Orientalist am Freitagabend in Münster. Diese Haltung stelle die generelle religiöse Begründung von Handeln, Bekenntnissen und Motiven grundsätzlich in Frage. „Wenn metaphysische Begründungen, die nicht aus dem Hier und Jetzt rühren, gesellschaftlich nicht mehr als relevant wahrgenommen werden, betrifft das nicht nur Islam und Judentum, sondern es werden auch christliche Traditionen bald massiv in Frage gestellt.“

Auch die liberale Rabbinerin Elisa Klapheck aus Frankfurt sprach von einer „antireligiösen Stimmung“, die die Beschneidungsdebatte offenbart habe. Die deutsche Gesellschaft sei auf die „multireligiöse Wirklichkeit“ noch nicht eingestellt. Darauf hätten sich die religiösen Traditionen in den kommenden Jahren einzustellen. Als Beispiel nannte die Rabbinerin Erfahrungen mit Medienvertretern, die kaum etwas über jüdische Traditionen und Feste wüssten. Das sei etwa in den Niederlanden anders, obwohl dort auch nur wenige Juden lebten. Denkbar sei ein Handbuch für hiesige Journalisten, das ihnen den Umgang mit fremden Religionen erleichtere.

Kermani und Klapheck äußerten sich auf einer Podiumsdiskussion über „Blasphemie und Beschneidung“ des Exzellenzclusters „Religion und Politik“ der Uni Münster. Gemeinsam mit Wissenschaftlern erörterten sie vor rund 200 Zuhörern im Rathausfestsaal Konflikte, die womöglich aus der öffentlichen Sichtbarkeit von Religionen entstehen. Der Politologe Ulrich Willems vom Exzellenzcluster stimmte Kermani und Klapheck in der Einschätzung der Beschneidungsdebatte zu. „Die Konflikte werden künftig nicht nur von den Religionen selbst ausgehen, sondern von einer quer durch Europa zu beobachtenden anti-religiösen Militanz.“ Gerade in Deutschland müsse der Umgang mit religiöser Vielfalt geübt werden. Öffentliche Symbole wie das Kopftuch einer Lehrerin sollten durchaus zugelassen werden. Sie könnten positive Gesprächsanlässe über eine fremde Religion geben. Großbritannien habe die Auseinandersetzung über religionspolitische Fragen besser politisch verankert, etwa auf lokaler Ebene. Das solle künftig auch hier geschehen.

Die Sprecherin des Exzellenzclusters, Historikerin Barbara Stollberg-Rilinger, hob in einer Einführung die Rolle der Medien in Fragen von Blasphemie und Beschneidung, Kreuz oder Kopftuch hervor. „Überall, wo Religion zum Konfliktgegenstand wird, bieten die Massenmedien diesem Konfliktpotenzial einen gigantischen Entfaltungs- und Verstärkungsraum. Kein Anlass ist so geringfügig, dass er nicht zum Gegenstand öffentlicher Empörung gemacht werden kann.“ Wichtig sei eine „sachliche, unaufgeregte Diskussion“. Weltanschauliche Neutralität des Staates bedeute, dass die Freiheit aller Religionen zu garantieren sei. „Religiöse Neutralität ist nicht mit einem aggressiven Säkularismus zu verwechseln, der Religion aus dem öffentlichen Raum verbannt.“

Der Rechtswissenschaftler Fabian Wittreck vom Exzellenzcluster und die stellvertretende Leiterin des Katholischen Büros in Berlin, Juristin Katharina Jestaedt, hoben hervor, das deutsche Religionsverfassungsrecht sei für die wachsende religiöse Vielfalt gut gerüstet. Historisch sei es zwar stark auf die christlichen Kirchen zugeschnitten worden, so Jestaedt, doch in der rechtlichen Anwendung seien andere Religionsgemeinschaften bereits einbezogen worden. Die Hürden für die islamischen Verbände seien nicht zu hoch. Insofern lasse sich nicht mehr von „Privilegien“ der Kirchen sprechen. Rechtswissenschaftler Wittreck hingegen vertrat die Ansicht, die konkrete Anwendung des Religionsrechts müsse sich noch stärker auf Folgen einer wachsenden religiösen Pluralität einstellen.

Die Diskussion leitete Radiomoderatorin Gisela Steinhauer. Die Veranstaltung war Teil der Reihe „Dialoge zum Frieden“, die die Stadt Münster und der Exzellenzcluster regelmäßig rund um den Jahrestag des Westfälischen Friedens abhalten. (vwm/ska)

Bildzeile: Elisa Klapheck, Prof. Dr. Fabian Wittreck, Katharina Jestaedt, Gisela Steinhauer, Prof. Dr. Franz-Josef Jakobi, Prof. Dr. Barbara Stollberg-Rilinger, Prof. Dr. Ulrich Willems und PD Dr. Navid Kermani (v.l.) (Foto: Münster Marketing/ Juliane Unkelbach)

Kontakt:

Viola van Melis
Zentrum für Wissenschaftskommunikation
des Exzellenzclusters „Religion und Politik“
Johannisstraße 1-4
48143 Münster
Tel.: 0251/83-23376
Fax: 0251/83-23246
religionundpolitik@uni-muenster.de
www.religion-und-politik.de

Wenn Sie Pressemitteilungen des Exzellenzclusters „Religion und Politik“ nicht beziehen wollen, mailen Sie bitte an religionundpolitik@uni-muenster.de

Der Exzellenzcluster „Religion und Politik“ der WWU Münster

Im Exzellenzcluster „Religion und Politik“ der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster (WWU) forschen rund 200 Wissenschaftler aus 20 geistes- und sozialwissenschaftlichen Fächern und elf Ländern. Sie untersuchen das komplexe Verhältnis zwischen Religion und Politik von der Antike bis zur Gegenwart und von Lateinamerika über Europa bis in die arabische und asiatische Welt. Es ist der bundesweit größte Forschungsverbund dieser Art und von den deutschlandweit 37 Exzellenzclustern der einzige zum Thema Religionen. Bund und Länder fördern das Vorhaben im Rahmen der Exzellenzinitiative von 2012 bis 2017 mit 33,7 Millionen Euro.